Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Klipper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Januar 16, 1868.

Demokratische Staats-Convention

Bei der am vorletzten Dienstag Abend in Harrisburg stattgehabten Versammlung der Demokratischen Central-Committee wurde einstimmig beschlossen, die nächste Demokratische Staats-Convention am Mittwoch den 4. März, 1868 in Harrisburg abzuhalten, um Candidaten für das Amt eines General-Landmessers und General-Auditors für Pennsylvanien zu nominiren.

Die Jahresbotschaft des Gouverneurs,

welche am Mittwoch voriger Woche im Senat und am letzten Montag Abend dem Haus vorgelegt wurde, umfaßt mit dem Anhang über Begnadigungen unsähe 60 Druckseiten, und da sie trotz ihrer Länge nicht viel Neues und das Neue nicht viel Gutes enthält, (von einem „Wasserkopf" läßt sich eben nicht viel Gutes erwarten,) so werden unsere geneigten Leser den Ausfall des Dokumentes wohl entschuldigern. Mit besonderer Vorliebe bespricht der Gouverneur die Finanzfrage und knüpft an ihre Besprechung einige allgemeine Bemerkungen; u. A. weist er darauf hin, daß mehrere Millionen Thaler im Schatze müßig liegen, welche recht wohl zinstragend angelegt werden könnten. Ohne Zweifel weiß Hr. Geary aber gut genug, daß dies Geld Zinsen trägt, welche indeß in die Taschen des Staats Schatzmeisters fließen. So lange letzterer von den Radikalen erwählt werden kann, denken dieselben wahrscheinlich an keine Aenderung, und zwar um so weniger, als sie jene bedeutenden Summen auch anderweitig im Partei Interesse benützen können. Erwähnte Empfehlung des Hrn. Geary wird deßhalb bei seinen Parteigenossen wenig Beachtung finden, und er hat sie vermuthlich auch nur gemacht, um sich den Anstrich zu geben, als sei er sehr aufmerksam und besorgt wegen der Staatsgelder. — Eine andere Empfehlung des Gouvernörs mag dagegen ernstlich gemeint sein und sollte sofort beachtet werden. Gegenwärtig stellt der Staats Schatzmeister nämlich nur $80,000 Bürgschaft. Nun stehen aber beinahe immer mehrere Millionen Thaler Staatsgelder zu seiner Verfügung, und er könnte deshalb seine Bürgen leicht entschädigen und sich mit einem fürstlichen Vermögen aus dem Staube machen. Dies wird höchst wahrscheiplich auch über kurz oder lang geschehen, wenn nicht die Bürgschaft des Staats Schatzmeisters in ein entsprechendes Verhältniß zu der Größe der ihm anvertrauten Summen gebracht wird. — Die Errichtung einer speciellen Polizei in den Minen Distrikten hat, nach Gouv. Geary's Ansicht, ungemein viel Gutes gewirkt, und er empfiehlt, die Segnungen dieser Einrichtung auch den Oel-Gegenden zukommen zu lassen.

Am Schlusse schwatzt er eine Portion Unsinn über National Angelegenheiten. Er sucht zu beweisen, daß nicht der Präsident das „Government" sei, wie die Republikaner zu Lincoln's Zeiten behaupteten, sondern der Congreß. Auch hat er die Stirn zu erklären, das Volk billige die Reconstruktions Politik der Radikalen, während doch die Wahlen im letzten Jahre jeden Mann mit fünf gesunden Sinnen eines Bessern belehrt haben sollten.

Ueber den Begnadigungs-Mißbrauch bringt der Anhang zur Botschaft viele statistische Einzelheiten, namentlich die 74 von Gov. Geary bewilligten Pardons nebst Angabe des Inhaltes der betreffenden Begnadigungsgesuchen und der Namen der Personen, welche sie unterzeichneten.

Bereitet euch vor!

Wir gehen einer sehr wichtigen Zeit entgegen — dem Präsidenten-Wahlkampf, der wichtigsten Präsidentenwahl vielleicht seit der Bestehung dieses freien Landes. Jeder Demokrat weiß das, und jeder Demokrat sollte sich deßhalb jetzt beim Anfang des Jahres schon, vorbereiten für den Kampf, um Schulter an Schulter mit den andern Demokraten den Feind bekämpfen und sicher besiegen zu können. — Aber was sollen wir den thun? fragen da Manche. Nun, ein Jeder kann viel thun.

Zuerst seht euch um in eurer Nachbarschaft, und forscht, ob jeder Demokrat auch eine demokratische Zeitung im Hause hat. Demokraten, die keine solche haben, sind immer gleichgültige Demokraten, verlaßt euch darauf. Es sind die, die vor dem Kriege öfters, wenn man sie auffordete an die Wahl zu gehen, zur Antwort gaben: „Ja ich bin kein so harter Parteimann, was macht's mir aus, wer die Aemter hat, es bleibt sich doch gleich." Sie fanden aber während dem Krieg aus, daß es sich nicht gleich blieb! Sie gingen dann ein paar Mal an die Wahl, dann gingen sie wieder nicht mehr, und wenn sie Jemand dazu aufforderte, dann sagten sie: „Es hat doch nits!" Freunde, seht euch um in eurer Nachbarschaft, unter denen, die keine demokratische Zeitung im Haus haben, ob es nicht so mit ihnen steht? Darum sorgt jetzt dafür, daß sie eine demokratische Zeitung halten, dann werden sie auch ein wenig härter Parteileute werden. Laßt ihnen keine Ruhe bis sie es thun. Bohrt an ihnen von einer Woche zur andern, und schließlich, wenn sie einwilligen, und eine demokratische Zeitung lesen, werdet ihr finden, daß ihr nicht allein etwas gethan habt zur Erwählung eures Präsidenten, sondern auch zum Wohle des gemeinsamen Vaterlandes.

Noch immer nicht zufrieden.

Eine Versammlung von Fabrikbesitzern hat in Cleveland getagt, um über Mittel der Abhilfe für die finanziellen Leiden dieser — schmählich bedrückten und verfolgten! — Klasse zu berathen. Sie finden, bemerkt der New Jersey Demokrat, daß trotz der hohen Einfuhrzölle, welche angeblich der „heimischen Industrie" einen fabelhaften Aufschwung geben sollten, die Zeiten schlecht sind und immer schlechter werden. Bei schlechten Zeiten wird wenig gekauft; und wenn wenig gekauft wird, so werden die Preise schlechter und die Herren Fabrikanten können nicht den Profit ziehen, welchen sie als Folge des hohen Schutzzolles erwarteten. Das macht ihnen vielen Kummer und sie wenden sich an den Congreß, der ihnen schon so manchen Gefallen gethan, um gegen die schlechten Zeiten geschützt zu werden.

Diesmal sind die Herren aber in ihrer Art bescheiden. Nachdem der Congreß ihnen zu Liebe seit 1861 nicht weniger als elfmal den Tarif erhöht, verzichten sie einstweilen auf eine weitere Erhöhung. In Anerkennung dieser noblen Entsagung meinen sie indessen, wäre es nicht mehr als billig, wenn ihnen die Inland Steuer auf ihre Waaren erlassen würde.

Nun, gegen diese Forderung wäre nichts einzuwenden, wenn gleichzeitig den Arbeitern die Steuer erlassen würde, welche sie in Folge der künstlichen Vertheuerung nothwendiger Artikel durch Schutzzölle an die Fabrik-Kapitalisten entrichten müssen.

Die Letzteren schlagen vor, das System der Inland Steuern zu vereinfachen und nur von folgenden Dingen Abgaben zu erheben:

Whiskey, gegohrene Getränke und Weine, Tabak, Steamboat- und Eisenbahn-Einnahmen, Bank-, Versicherungs- und Eisenbahn Dividenden und Depositen, Erbschaften u. Vermächtnisse, Licensen, Stempel, Mäklerverkäufe von Aktien und Gold.

Das möchte ganz schön sein; aber warum soll das System der Einfuhrzölle nicht ebenfalls vereinfacht werden? Warum sollen mehr als 6000 Artikel, durch theilweise Ausschließung europäischer Concurrenz, um 50 bis 200 Prozent theurer gemacht werden, als sie bei natürlichem Handelsverkehr zu sein brauchen?

Die Antwort ist: Weil eine gewisse Klasse von eigennützigen Kapitalisten „beschützt" sein, nämlich in die Lage versetzt sein will, dem Arbeiterstand jährlich Hunderte von Millionen Dollars abpressen zu können. Das Verlangen der durch Zölle begünstigten Fabrikanten, welche obendrein ihren Antheil an der Last der Inland Steuern von sich schütteln möchten, ist wirklich der Gipfel der — Gemüthlichkeit!

Kein Geld für die Weißen.

Der Congreß hat in den letzten Wochen tausende von Arbeitern in den Navy-Yards brodlos gemacht, indem er sie von der Arbeit entließ, um Geld zu sparen. Zur nämlichen Zeit verwilligt der Congreß Millionen von Dollars per Jahr, um die Neger im Süden zu nähren und zu kleiden; aber für die weißen Arbeiter im Norden hat er kein Geld!

Die demokratische Staats-Convention von Ohio.

Columbus, Ohio, 8. Jan. Heute trat die demokratische Staats-Convention hier zusammen. Es wurden folgende Nominationen gemacht: Für Staatssekretär: Thomas Hubbard; Richter des obersten Gerichts: William E. Fink; Spul-Commissär: J. F. Kirkwood; Sekretär des obersten Gerichts: John M. Webb; Mitglied der Commission der öffentlichen Bauwerke: Arthur Hughes; Delegaten des Staats zur National-Convention: John G. Thompson, G. W. McCook, W. W. Armstrong und Washington McLean; für Staats-Electoren: H. J. Jewett und Rufus Phaney.

Resolutionen wurden angenommen, die dem Land zu dem besser gewordenen Zustand der Angelegenheiten gratuliren, die unerschütterliche Anhänglichkeit an die demokratischen Principien zum Ausdruck bringen, die sofortige Anerkennung der belligerent gewesenen südlichen Staaten verlangen, sich zu Gunsten der Opposition der Neger-Wahl-Gerechtsame erklären, die Reconstruktions-Maßregeln des Congresses, sowie die Repudiation der Nationalschuld verdammen; die Besteuerung der National-Schuldurkunden begehren, und erklären, daß auch die naturalisirten amerikanischen Bürger sie daim Ausland des Schutzes der Bundesregierung erfreuen sollen.

Hr. George H. Pendleton wurde als Auserkorener Ohio's für die Präsidentschaft der Ver. Staaten nominirt, welche Nomination einen Sturm des Beifalls hervorrief. Hr. Pendleton selbst erschien und hielt eine kurze Anrede an die Convention.

Die demokratische Convention von Indiana.

Letzte Woche tagte in Indiana die demokratische Staatsconvention. Resolutionen der demokratischen Convention von Ohio wur den vorgelegt, welche diese Convention begrüßen und Herrn Pendleton für die Präsidentschaft der Ver. Staaten indossiren. Die Resolutionen wurden mit Beifall aufgenommen.

Der Geschäftsordnung gemäß, waren nunmehr die Staatsbeamten zu nominiren und man benannte folgende Herren als Candidaten der resp. Aemter für die nächste Oktoberwahl:

Für Gouverneur — Thomas A. Hendriks von Marion County.

Für Vicegouverneuer — A. P. Edgerten von Allen County.

Für Staatssekretär — General Reuben C. Kirz von Boon County.

Für Staatsauditor — Jos. B. Belusdreffo von Franklin County.

Für Staatsschatzmeister — Jas. B. Ryan von Marion County.

Für Clerk des obersten Gerichts — Noah S. Larose von Cassidy.

Für Berichterstatter des obersten Gerichts — M. O. Packard von Marshall County.

* In Hamilton, Ohio, zerstörte in der Freitags Nacht ein Feuer die Kutschenfabrik von C. Morgenthaler im Werthe von $20,000 und beschädigte das Wohnhaus von Capt. Reader im Betrage von $3000.

Verhandlungen der Legislatur.

Harrisburg, Jan. 7. '68.

Wie bereits in letzter Nummer der „Staats-zeitung" angekündigt, organisirte sich der Senat durch die Erwählung des Hrn. J. L. Graham von Allegheny County zum Sprecheramt, und des Hrn. G. W. Hammersly als Haupt-Clerk. Folgende Beamten wurden noch erwählt:

Gehülfs-Clerks — Lucius Rogers, F. H. Braggins,

Abschreibungs-Clerk — Mich. Reilly, W. E. Brown, Eben. Williams, jr., W. G. Bosler, Peter J. Conyne.

Sergeant-at-Arms — W. A. Rupert.

Gehülfen — L. G. McCaully, J. W. Curry.

Bote — Robert Sharp. (Dies ist derselbe, Sharp, welcher vor einigen Wochen wegen Stehlens von Büchern aus dem Capitolgebäude allhier vor Gericht stund!)

Gehülfe — A. B. McClean.

Thürhüter — Ethel Fuller.

Gehülfen — John Burns, John Twist, J. A. Lawrence, Dan. Hecker, A. McGill, C. Hunter, T. Walker, Ben. Halderman, B. B. Barnes, Georg Strain. — (Also zehn Gehülfs-Thürhüter, wo man früher blos vier brauchte! Sind sie etwa da, um die Fenster zu bewachen, und die Flucht der Senatoren a la Stevens zu hindern?)

Bibliothekar — Jakob Styers.

Gehülfen — Chas. Williams, Th. Crawford. (Von den obigen Beamten bekommt ein jeder sieben Dollars per Tag!)

Haus.

Um 12 Uhr wurde das Haus vom Clerk zur Ordnung gerufen. Nachdem die Namen der erwählten Glieder verlesen waren, wurde zur Wahl eines Sprechers geschritten.

Die Demokraten nominirten Hrn. Rich. L. Jones (einen talentvollen jungen Mann) von Berks County als Sprecher; während die Radikalen nicht weniger denn drei Candidaten für das Sprecheramt vorschlugen, nämlich E. W. Davis von Philadelphia, Samuel McCamant von Blair County, und John Ewing von Washington County. (Befanntlich fehlt es den Radikalen nicht an Candidaten der „Butter-Brigade.") Bei der ersten Abstimmung war das Resultat wie folgt:

R. L. Jones	46	S. McCamant	7
E. W. Davis	44	John Ewing	2

Da nach sechsmaliger Abstimmung keine Wahl erfolgte, vertagte sich das Haus bis zum Mittwoch.

Senat.

Mr. Everett von Allegheny überreichte eine Petition von Bürgern der Stadt Pittsburg, um Veränderung der Staats-Constitution in Betreff der Wahlgesetze.

Mr. Scaright von Fayette (Dem) offerirte die ersten Bills, nämlich:

Eine Bill, welche den Charter der Pittsburg Connelsville Bahn wiederherstellt, und

Eine Bill, welche das Liquor-Gesetz vom 17. April '67 aufhebt.

Mr. Wallace von Clearfield offerirte eine Bill, welche das Gesetz vom 22. März '67 aufhebt, durch welches Negern das Fahren in Passagier Cars erlaubt wird.

Mr. Connell (Philad'a) offerirte eine Bill, welche die Entschädigung für Wege-Geschworene (road-jurors) in Philadelphia auf $2 pro Tag festsetzt.

Mr. Davis (Dem.) von Berks beantragte ein Gesetz, welches die Verbesserung von Grundeigenthum dadurch fördern will, daß Hypotheken von nicht über $3000 tarfrei gemacht werden.

Mr. Beck von Lycoming (Dem.) verlas eine gemeinsame Resolution, welche den Congreß auffordert, sobald als möglich die Baarzahlung wieder aufzunehmen, das Nationalbank System abzuschaffen, die Bonds in Papiergeld zu bezahlen, die Revenue Gesetze weniger drückend zu machen und eine Taxe von Regierungsbonds zu erheben. (Gut.)

Die Botschaft von Gov. Geary wurde dann verlesen. Es wurde beschlossen 2000 Exemplare in deutsch und 5000 in englisch drucken zu lassen. Vertagt.

Haus.

Das Haus trat gegen Mittag zusammen und hielt den 7ten Ballot, welcher gerade so ausfiel wie die früheren, nämlich: Jones (Dem.) 46 Davis (Rep.) 44, McCamant 7 und Ewing 2. Der Name von McCament wurde zurückgezogen und dessen Stimmen vereinigten sich dann auf Ewing.

Die 9te, 10te, 11te und 12te Abstimmungen hatten dasselbe Resultat.

Mr. Hickmann von Chester, beantragte, daß Elisha W. Davis, und Mr. Linton, daß Mr. Jones als Sprecher erklärt werde. Beide Anträge wurden verworfen. Der Antrag auf Vertagung wurde mit 74 gegen 25 Stimmen verworfen.

Bei der 14ten Abstimmung stimmte Robinson, einer der „Neun" für Davis.

Nach der 15ten Abstimmung vertagte sich das Haus ohne eine Wahl getroffen zu haben.

Senat. — Jan. 9.

Der Senat trat um 1 Uhr Nachmittags zusammen.

Das folgende Select Committee wurde gezogen, um über die angefochtene Wahl im 21. Distrikt zu entscheiden: Fisher (Rep.), Taylor (Rep.), Ridgway (Rep.), Jackson (Dem.) Cowles (Rep.), Landon (Rep.) und Linderman (Dem.)

Der Distrikt besteht aus Blair, Huntingdon, Centre, Mifflin, Juniata und Perry County, Mr. Samuel T. Shugart (Dem.) repräsentirt jetzt den Distrikt im Senat und seine Wahl wird von J. K. Robinson (Rep.) angefochten.

Der Governör sandte eine Veto-Botschaft ein gegen die Bill, welche ihn autorisirt auf Empfehlung der betreffenden Richter Todesstrafe in Freiheitsstrafe umzuwandeln. Der Governör behauptet, daß die Constitution ihm ein beschränktes Begnadigungsrecht verleihe. Es wurde mit 17 gegen 15 Stimmen beschlossen, die Erwägung der Veto-Botschaft aufzuschieben.

Einige andere Veto's, die sich auf lokale Gesetzgebung bezogen, wurden aufrecht erhalten.

Haus.

Das 16te — 19te Ballot über die Wahl für Sprecher ergab dasselbe Resultat wie die früheren. Das Haus vertagte sich dann bis 3 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Die 20ste und 21ste Abstimmung ergaben dasselbe Resultat wie die früheren.

Nach mehreren Reden wurde dann bis zum 25sten Ballot geschritten, es blieben aber sämmtliche Abstimmungen erfolglos.

Senat. — Jan. 10.

Der Senat, welcher sich gestern bis zum Montag vertagte, hielt keine Sitzung.

Haus.

Auf Antrag von Mr. Thorn, Phila., wurde mit 50 gegen 45 Stimmen Vertagung bis 2 Uhr Nachm. beschlossen.

Nachmittagssitzung.

Um 2 Uhr fand das 26ste Ballot statt. Davis 50, Jones 43; Riddle von Allegheny stimmte für George Wilson. Mr. Armstrong von Lancaster, einer der 8, reichte bei seinem Namens-Aufruf seine und der andern geschriebene Gründe für sein Verhalten ein. Mr. Davis wurde dann für gewählt erklärt und wurde von Mr. Jones und Mr. McCamant zu seinem Sitz geführt und hielt eine Ansprache.

General Selfridge wurde zum ersten Clerk erwählt, Edward H. Lee von Philadelphia zum zweiten, die anderen Stellen kamen an die „rep." Caucus-Nomination.

Das Haus beschloß dann dem Governör die Organisation anzuzeigen. Nach einigen Discussionen über Bücheranschaffungen vertagt.

Der Rumpf-Congreß.

Washington, 8. Jan.

Senat.

Trumbull berichtete Namens des Justiz-Committees über eine Bill zur Amendirung des Bankerott-Gesetzes, wobei er zugleich deren Verschiebung auf unbestimmte Zeit beantragte. Der Bericht erhielt die Zustimmung des Senats.

Morrill von Vermont beantragte eine Resolution, die das Finanz-Committee anweis't, jeden Beamten einer Geldstrafe zu unterwerfen, der die Verausgabung von Geldern autorisirt, für deren Zweck das Gesetz keine Bewilligung verfügt hat. Morrill suchte die Nothwendigkeit der Bill zu begründen.

Conneß sagte, es sei eine große Anzahl von Beamten ernannt worden, von deren Namen und Gehalts-Bezügen der Congreß nichts weiß.

Sherman sagte, die Namen seien neulich dem Congreß mitgetheilt worden.

Conneß weiß nichts davon, wünscht aber Kenntniß davon zu erhalten. Eine Anzahl von Personen seien nach dem Süden geschickt worden, um ohne die Genehmigung des Senats, Untersuchungen in Bezug auf die Steuerangelegenheiten anzustellen. Es sei Zeit, daß die Sache untersucht werde und hoffe, das Committee werde sie anstellen.

Edmunds sagte, das Einschränkungs-Committee habe die Sache unter Erwägung, und werde ihr die sorgfältigste Aufmerksamkeit angedeihen lassen.

Die Resolution wurde hierauf angenommen.

Auf Antrag Shermans nahm der Senat die Bill des Hauses auf, welche verordnet, daß gewisse Gelder, die sich jetzt in den Händen des Bundes-Schatzmeisters, als Erlös aus eroberten oder herrenlosem Rebellen-Eigenthum befinden, durch Ordonanzen dem Bundesschatz förmlich überwiesen werden sollen.

Trumbull ergriff das Wort. Er beschuldigte den Finanz-Secretär, daß er mehr als $2,000,000 an illoyale Prätendenten bezahlt habe, und daß er sogar nach einem von Seiten des General-Anwalts dagegen abgegebenen Gutachten, noch hunderttausende von Dollars auf solche Weise verausgabt habe.

Das Gesetz wies ihn an jene Gelder in den Bundesschatz zu zahlen. Hierauf erörterte Trumbull die Rede des Herrn Fessenden, die derselbe vor dem Receß gehalten hat und bemerkte, der Finanz-Secretär könnte gerade so gut dem Bundesschatz den Betrag der in der Stadt New York erhobenen Steuern vorenthalten, um den Ausgang der Processe abzuwarten, als er den Reinertrag aus jenem Eigenthum zurückbehält, um damit Ansprüche zu befriedigen, die nicht vom Ansprüchs-Gericht als zu Recht bestehend, sondern nur vom Finanzsecretär anerkannt werden.

Sherman schlug vor, die Bill dem Oeconomisirungs-Committee zurückzugeben, und nach einer Debatte zwischen Edmunds und Conneß beantragte er, die fernere Erwägung bis morgen zu verschieben, um jetzt die Bill wegen der ferneren Verminderung des Courants aufnehmen zu können. Als sich die Disposition kund gab, seine Resolution zu debattiren, zog er sie zurück.

Howe sprach alsdann zur Unterstützung der Bill.

Hr. Edmunds stellte den Antrag, den Präsidenten um Aufklärung zu ersuchen, ob die Gleichberechtigungsbill für den Distrikt Columbia zum Gesetz erhoben ist oder nicht.

Eine Resolution des Hrn. Grimes, nach welcher der Attorney General in Betreffs des Salairs verabschiedeter Seeoffiziere um seine Meinung befragt wird, wurde passirt.

Ein Antrag des Hrn. Steward, betreffs gewisser Criminalfälle, wurde dem Justiz-Committee zugewiesen.

Eine Resolution des Hrn. Morton, nach welcher das Justiz-Committee instruirt werden soll, eine Bill einzubringen, nach welcher die Rebellen-Staaten provisorische Regierungen, bis die Reconstruction erfolat ist, erhalten sollen, wuede nach einigen Debatten zurückgelegt.

Nach kurzer Executioßung vertagte sich der Senat.

Repräsentantenhaus.

Ortt berichtete Namens des Committees der auswärtigen Angelegenheiten über eine Resolution, die den Präsidenten ersucht, sich bei der Königin von England dahin zu verwenden, daß sie die Freilassung des Pfarrers John McMahon, der ein Bürger von Indiana und als Fenier verurtheilt und zu Kingston in West-Canada eingekerkert worden ist, verfüge.

Cullom, ebenfalls ein Mitglied des Committees der auswärtigen Angelegenheitrn, sprach zur Unterstützung der gemeinschaftlichen Resolution. Die Zeit sei gekommen, in der die amerikanische Regierung ihre und die Rechte der Bürger behaupten und diese Rechte friedlich, sofern das möglich, und durch Gewalt der Waffen, wenn es nothwendig ist, aufrecht erhalten muß. Amerikanische, in britischen Bastillen schmachtende Bürger, rufen ihre Regierung um Schutz an. Sie wollen nicht in dem Begehen von Verbrechen, aber in deren Rechten als amerikanische Bürger beschützt sein. Es gibt keine Gradation im Recht der Bürger. Alle, gleichviel ob eingeborne oder adoptirte Bürger, müssen sich der gleichheitlichen Rechte erfreuen. Cullom erörterte die Frage der Expatriation in derselben Weise wie Orth, und citirte Cicero, Aristoteles, Battel und andere Authoren des Alterthums und der Neuzeit, um zu beweisen, daß die Regierung der alten Heimath auf die Unterthanenpflicht des Expatriirten keinen Anspruch mehr zu machen hat.

Da die Vormittagsstunden verstrichen waren, so wurde die Resolution bis morgen zurückgelegt.

Der Sprecher legte Resolutionen einer Versammlung zu New Haven in Connecticut in Bezug auf die Rechte amerikanischer Bürger im Ausland, sowie eine vom Gouverneur Englisch, Mayor Sperry und mehreren tausend Bürger unterzeichnete Denkschrift desselben Betreffs, vor. Wurde dem Committee der auswärtigen Angelegenheiten zugewiesen.

Es wurden noch mehrere Petitionen und Denkschriften desselben und anderweitigen Inhalts überreicht.

Schenck beantragte eine Resolution, die die Aufmerksamkeit des Militär-Committees auf die Angelegenheit und die Verwaltungscommission des Nationalasyls für verkrüppelte Volontär-Soldaten und darauf lenkt, daß im Centralasyl und dessen Zweigen Arrangements getroffen werden, nach welchen die verkrüppelten Soldaten vom Asyl künstliche Glieder kostenfrei erhalten sollen. Jene künstlichen Glieder sollen von den Mechanikern, die Insassen des Asyls sind, gefertigt werden. Angenommen.

Schenck beantragte eine Resolution, die das Militärcommittee anweist, eine Bill zu berichten, nach welcher die Soldatenheimath zu Washington nebst dazu gehörigem Eigenthum und den Fonds an das Nationalasyl für verkrüppelte Soldaten der regulären als auch der Volontärarmee transferirt und der Name des Instituts in „National-Soldatenheimath" umgeändert werde. Angenommen.

Das Senats-Amendement zur Bill wegen Aufhebung der Baumwollensteuer wurde dem Finanzcommittee zugewiesen.

Broomall von Pennsylvania beantragte eine Resolution, die das Financommittee anweist, zu berichten, ob nicht sofort die Steuer auf die aus Baumwolle, Eisen und Stahl gefertigten Fabrikate aufgehoben werden sollte. Angenommen. — Vertagt.

Washington, 9. Jan.

Senat.

Es wurden mehrere Petitionen überreicht.

Sherman berichtete Namens des Finanz-Committees die Bill des Hauses zur Verhütung der Steuerdefraudationen in Bezug auf destillirte Spirituosen, nebst einem Amendement, welches die Worte "in Bond" streicht. Die Bill bestimmt, daß nach Erlaß des Gesetzes keine destillirten Spirituosen dem Zollager zu dem Zweck der Transportirung, Umdestillirung und Rectificirung, Aenderung der Emballage, der Ausfuhr oder irgend eines andern Zweckes wegen, entnommen werden sollen, so lange nicht die Steuer davon an den betreffenden Collector bezahlt worden ist. Alle mit dem obigen unvereinbaren Gesetze sind aufgehoben.

Shermans Amendement erhielt die Zustimmung des Senats und die Bill wurde angenommen.

Auf Antrag Mortons wurde dessen Resolution aufgenommen, die das Justiz-Committee anweist, zu berichten, wie die bestehenden Staats-Regierungen im Süden abzuschaffen und statt deren provisorische Regierungen eingesetzt werden können. Morton sagte, die Sache sei im Hinblick auf General Hancod's Verfahren und andere neuerliche Ereignisse sehr dringend. (Morton riecht 'nen Braten!)

Die Bill zur Verhütung der weiteren Verringerung des Papiergeld-Volumens wurde aufgenommen. Durch dieselbe soll dem Finanzsekretär die Vollmacht genommen werden, noch mehr Greenbacks einzulösen und zu cassiren.

Sherman bemerkte, daß $43,244,748 Zinses-Zinsen-Noten während der nächsten sechs Monate fällig werden und daß, wenn alle Zinses-Zinsen-Noten bezahlt sind, der Conrant um $550,000,000 reducirt und nicht viel umfangreicher als vor dem Krieg sein wird.

Henderson befürwortete die Bill.

Morton begünstigt die Bill, weil für die Geschäfte des Landes mehr Courant erforderlich ist. Er glaube, daß es im Jahr 1871 noch Zeit genug sei, die Specie-Zahlungen wieder aufzunehmen, Gold und Silber würden dann lediglich den Werth des Courants erhöhen. Er sei gegen die fernere Verminderung des Courants.

Howe hielt eine lange Rede und sagte im Lauf derselben, die Ver. Staaten hätten gleich Micawber ihr J. O. U. (Schuldschein) gegeben und dabei ohne Zweifel gleich ihm geglaubt, daß sie dadurch ihre Schuld honetter Weise abgetragen haben. Der einzige Unterschied ist, daß Micawber seine Gläubiger nicht in den Stand setzen konnte, seine Noten in Umlauf zu setzen, was die Ver. Staaten können (Gelächter).

Da man sah, daß es unmöglich sei, die Sache heute noch zur Abstimmung zu bringen, so hielt auf Antrag der Senat Executivsitzung und schritt bald darauf zur Vertagung.

Repräsentantenhaus.

Das Haus schritt zur regelmäßigen Tagesordnung, nämlich zur Erwägung der gemeinschaftlichen Resolution, die gestern von Orth berichtet wurde, und die den Präsidenten ersucht die Königin von England zur Freilassung des Pater McMahon, der als fenischer Streifschärler zur lebenslänglichen Zuchthausstrafe zu Kingston in Canada verurtheilt ist, zu bewegen.

Orth gestattete, daß Payne eine ähnliche Resolution zu Gunsten des Robert Lynch von Milwaukee einbrachte.

Wood brachte eine gemeinschaftliche Resolution ein, welche den Präsidenten ersucht, in seiner officiellen Eigenschaft einzuschreiten, um sofortige Freilassung des Obersten John Warren und W. J. Nagle und einiger andern amerikanischen Bürger zu berücksichtigen, die unter Suspension der Habeas Corpus Acte in Irland ohne hinreichenden Grund eingesperrt und der Begehung von Verbrechen gegen die Gesetze Großbrittannens angeschuldigt worden sind. Herr Wood schickte zugleich an das Pult des Clerks eine Correspondenz zwischen ihm und Oberst Nagle und dem Staats-Sekretär. Nachdem sie vorgelesen war, bemerkte Wood, daß der Präsident versucht habe, in der Sache vermittelnd einzuschreiten. Darauf wurde zwischen dem Staats-Sekretär und dem Sir Friedrich Bruce eine Correspondenz gepflogen. Letzterer telegraphirte an Lord Stanley und empfahl die Freigebung der genannten beiden Personen. Die britische Regierung hat aber in Bezug auf die Empfehlung nichts verfügt. Das sei eine ausstudirte, directe und absichtliche Beleidigung der Ver. Staaten. Diese Beleidigung sei ganz in Conformität mit der Politik und dem Betragen Großbritaniens gegen Amerika. Dasselbe hat jederzeit seine Animosität, seine Rachsucht und seine Bosheit gegen die Ver. Staaten an den Tag gelegt. Das ganze Betragen jener Macht sei insultirend und so anmaßend gewesen, wie es keine stolze, große und freie Nation wie die der Ver. Staaten sich länger gefallen lassen kann.

Nachdem noch mehrere Mitglieder über diesen Gegenstand gesprochen, wurde die gmeinschaftliche Resolution mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Schenck, Mitglied des Committees für Wege und Mittel, brachte eine gemeinschaftliche Resolution ein, wonach eine Commission ernannt werden soll, um Meters für destillirten Spiritus zu untersuchen und dann über das Resultat zu berichten. Es soll das Comitee aus fünf Personen bestehen, welche der Sekretär zu ernennen hat; diese sollen alle Meter oder neu erfundenen, in das Fach schlagenden mechanischen Vorkehrungen genau untersuchen. Ihr Bericht soll bis zum 15. Februar eingereicht werden. Während dieser Zeit, d. h. bis ein bestimmter Meter vom Gesetz angegeben, sollen alle unter Leitung des Schatzdepartements bisher vorgenommenen Arbeiten über Construktion von Metern suspendirt werden.

Der Sekretär des Schatzamts hat die Auslagen, die diese Resolution veranlaßt, auch eine angemessene Vergütung an die Commissäre, zu bezahlen. Während der Berathung der Resolution wurden die Amendements des Senats zu der Bill des Hauses über Regierungs-Whiskeyspeicher vom Sekretär des Senats eingebracht und auf Schenks Antrag zunächst berathen. Letztere Bill ging darauf behufs Unterschrift an den Präsidenten ab.

Die Berathung der Schenck'schen Resolution wurde sodann fortgesetzt.

Der einzige Weg, Betrügereien zuvorzukommen, wäre der, Mittel und Wege aufzufinden, den Whiskey, welcher aus dem Malzkessel fließt, zu examiniren, und dazu sei der Meter geeignet.

Darauf erhob sich Logan, Mitglied des Committees, und vertheidigte die Resolution. Er sagte, daß die Bestimmungen, welche jetzt in Bezug auf die Whiskeysteuer in Kraft wären, besonders dazu gemacht schienen, um Betrügern Thür und Thor zu öffnen, und der Schatzamtssekretär habe dieselben vermuthlich nur aus Unwissenheit eingeführt. So lange aber die moralische Integrität der Beamten der Herren Johnson und McCulloch nicht mit einem untersuchenden Meter versehen würde, so lange könne die Steuer auch nicht gehörig collektirt werden. Ihm seien Facta bekannt, daß New Yorker Mitglieder des Metropolitan Revenue Boards in Betrügereien — wie nominelle Bürgschaften &c. — verwickelt wären. Mit einigen heftigen Ausfällen gegen den Präsidenten und McCulloch beendigte Logan seine Rede.

Wood (N. Y.) giebt zu, daß die größten Betrügereien in Bezug auf Whiskey in New York verübt worden wären, und zwar nicht nur von Destillateuren, sondern von dem größten Theil der Revenuebeamten. Es hätte in der That den Anschein, als sei der Metropolitan Revenue Board nur errichtet worden zur Förderung von Betrügereien; trotzdem habe aber keiner der Distrikt Attorneys Prozesse eingeleitet.

Logan: Er wolle nicht jedes einzelne Mitglied des Revenue Boards des Betrugs beschuldigen, er wolle nur sagen, daß der Board keine Ausnahme von der allgemeinen Regel mache.

Roß sagte, der Senat habe in seinem Distrikt neun gute und ehrliche Männer, die der Präsident ernannt hätte, und die fähig waren, ihr Amt zu verwalten, verworfen.

Logan — Wohlan, welche Art Männer schickte er, die der Senat nicht verworfen hat? (Gelächter.)

Roß — Die Wahrheit ist, daß wenn der Präsident einen guten Mann nominirt, der Senat ihn sicherlich verwirft.

Logan — Und dann wartet der Senat bis der Präsident einen Schurken ernennt. (Gelächter.)

Roß — Ja, so ist's. (Lautes Gelächter.) Damit er die Aemter besetzen kann, hat der Präsident die Republikaner demoralisirt. (Fortdauerndes Gelächter.) Männer, die vorgeben, es mit dem Präsidenten zu halten, und die sich stellen, als seien sie auf Seiten des Senats und die beide Parteien anlügen, solche Männer werden natürlich stehlen. (Gelächter.)

Logan — Das ist die einfachste Proposition in der Welt. Der Präsident schickt den Namen eines Mannes ein, den der Senat nicht zu demoralisiren bewilligt und er wird deshalb verworfen. Der Präsident führt fort die Namen von Männern einzusenden, bis er endlich den Namen eines Diebes einschickt, was nur ganz mit seinem eigenen Character harmonirt.

Roß — Ja, und dann bestätigt der Senat den Dieb. (Gelächter.)

Logan. Natürlich, weil er Herrn Johnsons Auserkorener ist und der Senat nicht mit ihm in Hader zu gerathen wünscht.

Marschall. — Es sei notorische Thatsache, daß kein Mitglied der demokratischen Partei die Ordalien des Senats in Hinsicht auf die Bestätigung irgend einer Ernennung bestehen konnte. Die Ernennungen kamen hauptsächlich von der republikanischen Partei her und die Bemerkungen des Herrn Logan finden daher nur auf dessen Partei Anwendung. Sekretär McCulloch hat vor dem Justiz-Committee ausgesagt, daß neunzehn Zwanzigstel der Angestellten in seinem Departement nicht nur Republikaner, sondern auch Radikale seien. Commissär Rollins war dabei und bestätigte die Aussage. Nur mit dem Aufkommen der republikanischen Partei wurden Raub und Diebere i zu einer schönen Kunst des Volkes erhoben. Ein republikanischer Senator (Hale) und ein ausgezeichnetes Mitglied des Hauses (Dawes) haben ausgesagt, daß während des ersten Jahres der Administration Lincoln's mehr Geld des Volkes gestohlen worden ist, als es kostete, die ganze vierjährige Verwaltung Buchanan's zu führen. Es sei Zeit, daß es mit der republikanischen Partei auf die Neige gehe und daß eine ökonomische demokratische Administration gewählt werde.

Die Debatte wurde noch lange Zeit fortgesetzt, bis endlich Schenck die Vorfrage beantragte.

Auch darüber entspann sich eine lange Debatte und zuletzt wurde die gemeinschaftliche Resolution bis später zurückgelegt worauf sich das Haus vertagte.

Aus Europa.

Europäische Correspondenz der Pennsylvanischen Staatszeitung.

Wien, 24. Dezember, 1867.

Das neue Cabinet, dessen offizielle Ernennung man no